Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2870

Sachgebiet 111

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Wahlkreiskommission für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Bundeswahlgesetz (BWG)

Inhalt Seite

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern — V I 5 — 121 117 — 1/18 — vom 5. August 1988 gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 BWG. Der Bericht der Wahlkreiskommission wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

1 Zusammensetzung, Aufgaben und Tätigkeit der Kommission

1.1 Zusammensetzung der Kommission

Nach § 3 Abs. 1 BWG ernennt der Bundespräsident eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

Mitglieder der Wahlkreiskommission für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestages sind:

Dr. Charlotte Eckstein	Vorsitzende Richterin am Bundesverwaltungsgericht
Heinz Elkemann	Ministerialdirigent im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Wolfgang Hannappel	Ministerialdirigent im Hessischen Ministerium des Innern
Egon Hölder	Präsident des Statistischen Bundesamtes
Dr. Wilfried Linke	Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
Konrad Freiherr von Rotberg	Leitender Ministerialrat im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
Dr. Hans Helmut Schiedermaier	Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Die Kommission trat am 5. Oktober 1987 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und bestätigte die bisherige Geschäftsordnung. Sie wählte Präsident Egon Hölder zu ihrem Vorsitzenden und Ministerialdirigent Heinz Elkemann zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden.

Weitere Sitzungen fanden am 8. Februar und 5./6. Mai 1988 statt.

1.2 Aufgaben der Kommission

Nach § 3 Abs. 2 BWG hat die Wahlkreiskommission die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie mit Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 33⅓ vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
3. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes) unberücksichtigt.

Die Vorschläge sind in Form eines Berichtes dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestages zuzuleiten. Der Bericht für die 11. Wahlperiode ist demnach bis zum 17. August 1988 zu erstatten.

1.3 Beteiligung anderer Institutionen

Frau Ministerialrätin von Rottenburg hat als Vertreterin des Bundesministers des Innern an den Sitzungen teilgenommen. Die Kommission hielt bei ihrer Arbeit Kontakt mit den Landesregierungen und ihren für Wahlangelegenheiten zuständigen Beamten. Jede Landesregierung hatte Gelegenheit, für ihr Land gegenüber der Kommission zur Wahlkreiseinteilung Stellung zu nehmen. Die Landesregierungen wurden gebeten, auch die Landesverbände der im Bundestag vertretenen Parteien zu beteiligen.

Am 18. April 1988 fand in Erlangen eine Anhörung der Oberbürgermeister, Landräte, Vertreter der Staatsregierung und des Regierungspräsidenten sowie Bundestagsabgeordneten aus dem Regierungsbezirk Mittelfranken statt.

2 Genauigkeit der Bevölkerungszahlen

Als besondere Schwierigkeit stellt sich auch dieses Mal wieder der Abstand zur Volkszählung 1970 und das bis zum gesetzlich festgelegten Abschluß des Berichts noch nicht vorliegende Ergebnis der Volkszählung 1987 dar. Damit bleibt die schon beim letzten Bericht vorhandene Einschränkung der Genauigkeit der zur Verfügung stehenden Zahlen der Bevölkerung auch für diesen Bericht bestehen. Die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung deuten darauf hin, daß aufgrund der Volkszählungsergebnisse unter Umständen größere Verschiebungen der Wahlkreise zwischen den Ländern erfolgen müssen.

Für die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung standen der Kommission Unterlagen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter über die auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1970 fortgeschriebene Wohnbevölkerung (Deutsche und Ausländer mit Wohnung im Bundesgebiet) nach dem Stand am 31. März 1987 zur Verfügung. Da nur die deutsche Bevölkerung maßgebend ist, waren hiervon die Zahlen der im Bundesgebiet wohnenden Ausländer abzuziehen. Diese Zahlen wurden nach dem Stand am 31. März 1987 vom Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister) bereitgestellt. Sie lagen jedoch lediglich für kreisfreie Städte und Kreise vor. Für die Großstädte mit mehreren Wahlkreisen und in den Fällen, in denen die Wahlkreise Kreisgrenzen durchschneiden, mußten daher die Ausländerzahlen und damit auch die Zahlen der deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 für Gemeinde- und Kreisteile insoweit geschätzt werden. Das Vorliegen neuerer Fortschreibungszahlen konnte die Kommission wegen der gesetzlichen Frist für die Erstattung des Berichts nicht abwarten.

Der Stand der Bevölkerungsfortschreibung am 31. März 1987 ergibt sich aus der Anlage 1 „Die gegenwärtigen und vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987".

Abweichungen vom Bundesdurchschnitt um 20% und mehr sind in Anlage 2 aufgeführt.

Eine zahlenmäßige Aufgliederung der Abweichungen auf die Länder enthält Anlage 3.

3 Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreise

3.1 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung seit 1983

Die gegenwärtige Einteilung des Wahlgebietes (ohne Berlin) in 248 Bundestagswahlkreise ergibt sich aus der Anlage zu Artikel 1 Nr. 15 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149), der ersten, zweiten und dritten Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1776), 15. Januar 1980 (BGBl. I S. 80) und 23. April 1980 (BGBl. I S. 541) sowie dem Sechsten und Siebten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 7. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1613) bzw. 8. März 1985 (BGBl. I S. 521).

Zunächst wurde im Hinblick auf die *Verteilung der 248 Wahlkreise auf die Länder* die derzeitige Bevölkerungsverteilung nach Ländern untersucht. Gegenüber dem 31. Dezember 1983 (Grundlage für den Bericht der Wahlkreiskommission für die 10. Wahlperiode) hat die deutsche Bevölkerung nach dem Stand am 31. März 1987 im Wahlgebiet (Bundesgebiet ohne Berlin) um 196 393 abgenommen.

Die Veränderungen der Länder im einzelnen betragen

Hamburg	– 46 507
Niedersachsen	– 55 117
Bremen	– 22 239
Nordrhein-Westfalen	– 140 549
Hessen	– 31 475
Rheinland-Pfalz	– 28 181
Saarland	– 14 399
Schleswig-Holstein	+ 214
Baden-Württemberg	+ 92 409
Bayern	+ 49 451

Aus den Zahlen für die deutsche Bevölkerung im Bundesgebiet (ohne Berlin) ergäbe sich für den Stichtag am 31. März 1987 rein rechnerisch – wenn man die Dezimalstellen auf volle Zahlen auf- oder abrundet –, daß auf das Land Hamburg statt 7 nur noch 6 Wahlkreise, auf das Land Nordrhein-Westfalen statt 71 nur noch 69 Wahlkreise, auf das Land Hessen statt bisher 22 nunmehr 23, auf das Land Baden-Württemberg statt bisher 37 nunmehr 38, auf das Land Bayern statt bisher 45 nunmehr 47 und auf das Saarland statt 5 nur noch 4 Wahlkreise entfielen. Unverändert bliebe die Zahl der Wahlkreise in Schleswig-Holstein (11), Niedersachsen (31), Bremen (3) und Rheinland-Pfalz (16).

3.2 Auswirkungen der kommunalen Gebiets- und Namensänderungen

Durch kommunale Gebietsänderungen haben sich lediglich in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern einige Verwaltungsgrenzen geringfügig geändert. Sie betreffen insgesamt 244 Personen.

Außerdem haben sich in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern kommunale Namensänderungen ergeben. Diese Änderungen sind im einzelnen in den Anlagen 1, 9 und 10 aufgeführt.

Die Wahlkreiskommission regt an zu prüfen, ob das Bundeswahlgesetz in der Weise geändert werden kann, daß bei geringfügigen Gebietsveränderungen, die nur für wenige Personen Bedeutung und regelmäßig auf das Wahlergebnis in einem Wahlkreis keine ausschlaggebende Auswirkung haben, kraft Gesetzes sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise ändern. Entsprechend sollte auch bei Namensänderungen von Gemeinden und Landkreisen verfahren werden. Eine derartige Regelung würde das Gesetzgebungsverfahren entlasten.

4 Überlegungen der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung

4.1 Grundsätzliches und Verteilung der Wahlkreise auf die Länder

Die Wahlkreiskommission schlägt vor, von der Umverteilung von Wahlkreisen zwischen den Bundesländern abzusehen und Neuabgrenzungen nur dort vorzunehmen, wo dies aufgrund von § 3 Abs. 2 BWG zwingend vorgeschrieben ist, nämlich bei einer Abweichung der Wahlkreisgröße von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl von mehr als 33⅓%.

Zwar soll nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BWG

– die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl nicht um mehr als 25% abweichen und

– die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.

Die Wahlkreiskommission ist aber mehrheitlich der Auffassung, daß dem besondere Gründe entgegenstehen, die eine abweichende Entscheidung notwendig machen:

Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß nach Vorliegen der Daten aus der Volkszählung 1987 größere Verschiebungen und Neuabgrenzungen von Wahlkreisen notwendig sein werden. Dies könnte dazu führen, daß jetzt vorgeschlagene und ggf. vom Gesetzgeber angeordnete Umverteilungen bzw. Neuabgrenzungen für die übernächste Bundestagswahl ganz oder teilweise rückgängig gemacht werden müßten. Die Zahl der in der nächsten Wahlperiode notwendigen erneuten Änderungen würde noch erheblich ansteigen, wenn noch in dieser Wahlperiode Umverteilungen zwischen den Ländern vorgenommen werden würden. Denn eine solche Umverteilung hat auch Rückwirkungen auf die Einteilung der übrigen Wahlkreise sowohl im abgebenden als auch im aufnehmenden Land.

Die Notwendigkeit, zahlreiche Wahlkreise in der nächsten Wahlperiode *erneut* ändern zu müssen, würde nach Auffassung der Kommission zu einem für die Organisation der Parteien und für die Wähler unvertretbaren Ergebnis führen. Sinn und Zweck der Wahlkreiseinteilung muß es vielmehr sein, die Voraussetzungen für politische Willensbildungen zu schaffen, die auch längerfristig unter den Voraussetzungen des Bundeswahlgesetzes Bestand haben. Der Wahlkreis ist nicht nur für die Wahl selbst von Bedeutung. Er ist zugleich der Raum, in dem die politischen Parteien im Hinblick auf die Wahlen ihre Basisarbeit organisieren müssen und in dem wesentliche Prozesse demokratischer Willensbildung stattfinden. Das Bundeswahlrecht fördert daher erkennbar eine gewisse Beständigkeit der Einteilung.

Eine große Lösung mit Auswirkungen in wahrscheinlich allen Ländern, die über mehrere Legislaturperioden Bestand hat, kann daher erst nach Vorliegen der Volkszählungsergebnisse für die übernächste Legislaturperiode gefunden werden. Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages (Kurzprotokoll 38. Sitzung, 10. Wahlperiode) hat aus diesen Überlegungen schon am 24. Oktober 1984 einvernehmlich beschlossen, von einer Veränderung der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder abzusehen. Der von der Wahlkreiskommission für die 10. Wahlperiode vorgeschlagene Übergang eines Wahlkreises von Nordrhein-Westfalen nach Bayern sei erst im Anschluß an eine neue Volkszählung, die neue, sichere Zahlen bringe, möglich. Diese Erwägungen sind nun nach einer weiteren Verschlechterung der Datenlage nach vier Jahren um so zwingender.

Demgegenüber hat die Landesregierung von Baden-Württemberg in ihrer Stellungnahme gegenüber der Wahlkreiskommission folgendes ausgeführt:

„Nach Auffassung der Landesregierung sollte mit den Vorschlägen der Wahlkreiskommission zur Wahlkreiseinteilung den im Bundeswahlgesetz normierten Grundsätzen Rechnung getragen werden. Danach soll u. a. die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Nach den Zahlen über die deutsche Bevölkerung am 31. März 1987 stehen dem Land Baden-Württemberg 38 Bundestagswahlkreise zu. Da im übrigen auch die Ergebnisse der Volkszählung 1987 keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich des Bevölkerungsanteils des Landes erwarten lassen, wird keine Notwendigkeit gesehen, mit der Zuteilung eines weiteren Bundestagswahlkreises an das Land bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1987 zuzuwarten. Mit der Zuteilung der Wahlkreise auf die anspruchsberechtigten Länder auf der Grundlage der Zahlen über die deutsche Bevölkerung mit Stand vom 31. März 1987 für die nächsten regelmäßigen Bundestagswahlen könnte auch rechtlichen Bedenken entgegengewirkt werden.

Die Landesregierung bittet die Wahlkreiskommission deshalb, dem Deutschen Bundestag die Zuteilung eines 38. Wahlkreises an das Land Baden-Württemberg vorzuschlagen."

Die Wahlkreiskommission konnte sich mehrheitlich jedoch aus den oben angeführten Gründen dieser Auffassung nicht anschließen.

Die übrigen Landesregierungen bzw. Senate haben dem Vorschlag der Wahlkreiskommission, nur rechtlich zwingend gebotene Änderungen der Wahlkreiseinteilung vorzunehmen, zugestimmt.

4.2 Vorschläge zur Änderung der Wahlkreiseinteilung nach Vorliegen der Daten aus der Volkszählung 1987

Die Kommission regt an, daß unmittelbar nach Vorliegen der Daten aus der Volkszählung 1987 mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Änderung von Wahlkreisen begonnen wird, damit die Umsetzung rechtzeitig vor der Wahl des 13. Deutschen Bundestages erfolgen kann.

4.3 Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern

Nach den Überlegungen der Kommission unter 4.1 sollten auch Änderungen innerhalb der Länder, solange die

Ergebnisse der Volkszählung noch nicht vorliegen, nur dann vorgenommen werden, wenn die gesetzlich zwingend vorgeschriebene Grenze von mehr als 33⅓% erreicht ist bzw. in absehbarer Zeit erreicht wird.

Hierbei handelt es sich nach dem Stand der Bevölkerungsfortschreibung am 31. März 1987 um folgende Wahlkreise:

Wahlkreis	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %
96 Borken	+ 33,4
228 Erlangen	+ 33,8
229 Fürth	+ 34,1

Die Kommission unterbreitet deshalb folgende Vorschläge:

4.3.1 Nordrhein-Westfalen

Wahlkreis 96 (Borken) (+ 33,4 %)

Umsetzung der Gemeinden Heiden und Reken, Kreis Borken, vom Wahlkreis 96 in den Wahlkreis 92 (Recklinghausen II).

Bedingt durch diese Umsetzung sollten sich die Namen der Wahlkreise wie folgt ändern:

92 Recklinghausen II in Recklinghausen II — Borken I
96 Borken in Borken II

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat dem Vorschlag der Wahlkreiskommission zugestimmt.

4.3.2 Bayern

Die Kommission ist der Auffassung, daß für den Bereich Mittelfranken eine Änderung von Wahlkreisen vorgeschlagen werden sollte, die mit großer Wahrscheinlichkeit für mehrere Wahlperioden Bestand hätte. Bei den früheren Umsetzungen von nur einer bzw. fünf Gemeinden aus dem Wahlkreis 228 hat sich gezeigt, daß die vom Gesetzgeber verbindlich vorgegebene Toleranzgrenze von mehr als 33⅓% aufgrund der Bevölkerungsentwicklung jeweils in kurzer Zeit erneut wieder überschritten war. Es ist zu erwarten, daß sich diese Entwicklung wiederholen würde, wenn erneut nur wenige Gemeinden umgesetzt werden würden.

Die Kommission schlägt folgende Änderung vor:

Aus dem Wahlkreis 232 (Roth) werden der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen in den Wahlkreis 227 (Ansbach), die kreisfreie Stadt Schwabach in den Wahlkreis 231 (Nürnberg-Süd) umgegliedert. Weiterhin hält es die Kommission für angebracht, die Bezirke der kreisfreien Stadt Nürnberg 04, 22, 64 und 65 aus dem Wahlkreis 231 (Nürnberg-Süd) herauszunehmen und in den Wahlkreis 230 (Nürnberg-Nord) umzusetzen. Aus dem Wahlkreis 228 (Erlangen) wird der Landkreis Nürnberger Land in den Wahlkreis 232 (Roth) umgegliedert. Aus dem Wahlkreis 229 (Fürth) werden die zum Landkreis Erlangen-Höchstadt gehörigen Gemeinden in den Wahlkreis 228 (Erlangen) umgegliedert.

Durch die vorgeschlagene Änderung wird eine Kreisdurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen und die Überschreitung der 33⅓% Toleranzgrenze bei den Wahlkreisen 228 und 229 beseitigt.

Die Bayerische Staatsregierung hat dem Vorschlag der Wahlkreiskommission zugestimmt.

In der am 18. April 1988 stattgefundenen Anhörung in Erlangen begrüßten die Anwesenden den von der Wahlkreiskommission für den Regierungsbezirk Mittelfranken erarbeiteten Vorschlag. Dagegen haben sich nur die Vertreter der Stadt Schwabach und des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen ausgesprochen. Die Kommission wurde mehrfach gebeten, sich beim Gesetzgeber dafür zu verwenden, daß der Vorschlag auch realisiert wird, da er nicht nur die gesetzlichen Erfordernisse, sondern auch die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt und über mehrere Wahlperioden Bestand haben wird.

Wiesbaden, den 28. Juni 1988

Die Wahlkreiskommission

Egon Hölder

Dr. Charlotte Eckstein *Heinz Elkemann*

Wolfgang Hannappel *Dr. Wilfried Linke*

Konrad Freiherr von Rotberg *Dr. Hans Helmut Schiedermaier*

Anlagen

Anlage 1

Die gegenwärtigen und vorgeschlagenen Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	Schleswig-Holstein				
1	Flensburg – Schleswig	260 921	+17,7		
2	Nordfriesland – Dithmarschen-Nord	213 671	– 3,6		
3	Steinburg – Dithmarschen-Süd	193 822	–12,6		
4	Rendsburg – Eckernförde	242 897	+ 9,5		
5	Kiel	230 892	+ 4,1		
6	Plön – Neumünster	190 413	–14,1		
7	Pinneberg	250 190	+12,8		
8	Segeberg – Stormarn-Nord	279 448	+26,0		
9	Ostholstein	192 752	–13,1	192 757	–13,1
10	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	274 231	+23,7		
11	Lübeck	196 167	–11,5	196 162	–11,5
	Hamburg				
12	Hamburg-Mitte	178 116	–19,7		
13	Hamburg-Altona	191 876	–13,5		
14	Hamburg-Eimsbüttel	201 271	– 9,2		
15	Hamburg-Nord	221 788	+ 0,0		
16	Hamburg-Wandsbek	222 561	+ 0,4		
17	Hamburg-Bergedorf	211 530	– 4,6		
18	Hamburg-Harburg	164 429	–25,8		
	Niedersachsen				
19	Aurich – Emden	215 043	– 3,0		
20	Unterems	246 500	+11,1		
21	Friesland – Wilhelmshaven	196 878	–11,2		
22	Oldenburg – Ammerland	267 136	+20,5		
23	Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	251 643	+13,5		
24	Cuxhaven	186 062	–16,1		
25	Stade – Rotenburg I	239 331	+ 7,9		
26	Mittelems	248 165	+11,9		
27	Cloppenburg – Vechta	210 936	– 4,9		
28	Diepholz	179 859	–18,9		
29	Verden – Osterholz	203 586	– 8,2		
30	Soltau – Fallingbostel – Rotenburg II	184 752	–16,7		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Niedersachsen				
31	Lüneburg – Lüchow-Dannenberg	178 268	−19,6		
32	Osnabrück-Land	200 437	− 9,6		
22	Stadt Osnabrück	221 902	+ 0,1		
34	Nienburg – Schaumburg	253 396	+14,3		
35	Harburg	191 215	−13,8		
36	Stadt Hannover I	224 759	+ 1,4		
37	Stadt Hannover II	228 839	+ 3,2		
38	Hannover-Land I	277 329	+25,1		
39	Celle – Uelzen	249 854	+12,7		
40	Gifhorn – Peine	238 207	+ 7,4		
41	Hameln-Pyrmont – Holzminden	222 477	+ 0,3		
42	Hannover-Land II	245 937	+10,9		
43	Hildesheim	265 309	+19,6		
44	Salzgitter – Wolfenbüttel	206 552	− 6,9		
45	Braunschweig	232 946	+ 5,1		
46	Helmstedt – Wolfsburg	201 651	− 9,1		
47	Goslar	182 651	−17,6		
48	Northeim – Osterode	200 362	− 9,6		
49	Göttingen	253 645	+14,4		
	Bremen				
50	Bremen-Ost	229 708	+ 3,6		
51	Bremen-West	162 356	−26,8		
52	Bremerhaven – Bremen-Nord	212 568	− 4,1		
	Nordrhein-Westfalen				
53	Aachen	214 611	− 3,2		
54	Kreis Aachen	267 466	+20,6		
55	Heinsberg	203 036	− 8,4		
56	Düren	223 449	+ 0,8		
57	Erftkreis I	267 534	+20,7		
58	Euskirchen – Erftkreis II	263 115	+18,7		
59	Köln I	177 371	−20,0		
60	Köln II	184 317	−16,9		
61	Köln III	215 218	− 2,9		
62	Köln IV	199 233	−10,2		
63	Bonn	265 004	+19,5		
64	Rhein-Sieg-Kreis I	232 051	+ 4,6		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.

[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Nordrhein-Westfalen				
65	Rhein-Sieg-Kreis II	219 327	− 1,1		
66	Oberbergischer Kreis	230 266	+ 3,8		
67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	192 679	−13,1	192 680	−13,1
68	Leverkusen − Rheinisch-Bergischer Kreis II	176 153	−20,6		
69	Wuppertal I	172 223	−22,3		
70	Wuppertal II	163 311	−26,4		
71	Solingen − Remscheid	243 548	+ 9,8	243 547	+ 9,8
72	Mettmann I	229 095	+ 3,3		
73	Mettmann II	206 151	− 7,0		
74	Düsseldorf I	247 206	+11,5		
75	Düsseldorf II	222 837	+ 0,5		
76	Neuss I	182 807	−17,6		
77	Neuss II	186 135	−16,1		
78	Mönchengladbach	234 966	+ 6,0		
79	Krefeld	192 032	−13,4		
80	Viersen	246 321	+11,1		
81	Kleve	246 791	+11,3		
82	Wesel I	196 838	−11,2		
83	Wesel II	188 746	−14,9		
84	Duisburg I	230 987	+ 4,2		
85	Duisburg II	215 202	− 2,9		
86	Oberhausen	203 876	− 8,1		
87	Mülheim	158 742	−28,4		
88	Essen I	186 559	−15,9		
89	Essen II	169 557	−23,5		
90	Essen III	220 120	− 0,7		
91	Recklinghausen I	205 924	− 7,1		
92	Recklinghausen II − Borken I (gegenwärtig Recklinghausen II)	239 914	+ 8,2	257 006	+15,9
93	Gelsenkirchen I	155 591	−29,8		
94	Gelsenkirchen II − Recklinghausen III	160 825	−27,5		
95	Bottrop − Recklinghausen IV	175 940	−20,7		
96	Borken II (gegenwärtig Borken)	295 710	+33,4	278 618	+25,6
97	Coesfeld − Steinfurt I	272 100	+22,7		
98	Steinfurt II	270 936	+22,2		
99	Münster	253 983	+14,5		
100	Warendorf	232 115	+ 4,7		
101	Gütersloh	265 625	+19,8		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Nordrhein-Westfalen				
102	Bielefeld	269 824	+21,7		
103	Herford	212 115	– 4,3		
104	Minden-Lübbecke	268 797	+21,2		
105	Lippe I	197 220	–11,1		
106	Höxter – Lippe II	246 955	+11,4		
107	Paderborn	219 577	– 1,0		
108	Hagen	184 171	–16,9		
109	Ennepe-Ruhr-Kreis I	217 501	– 1,9		
110	Bochum I	221 938	+ 0,1		
111	Bochum II – Ennepe-Ruhr-Kreis II	228 485	+ 3,0		
112	Herne	154 682	–30,2		
113	Dortmund I	164 614	–25,8		
114	Dortmund II	158 721	–28,4		
115	Dortmund III	191 346	–13,7		
116	Unna I	236 754	+ 6,8		
117	Hamm – Unna II	280 780	+26,6		
118	Soest	252 868	+14,0		
119	Hochsauerlandkreis	246 873	+11,3		
120	Siegen-Wittgenstein I	205 635	–7,3		
121	Olpe – Siegen-Wittgenstein II	173 286	–21,9		
122	Märkischer Kreis I	181 486	–18,2		
123	Märkischer Kreis II	189 551	–14,5		
	Hessen				
124	Waldeck	189 009	–14,8		
125	Kassel	206 930	– 6,7		
126	Werra-Meißner	195 538	–11,8		
127	Schwalm-Eder	183 477	–17,3		
128	Hersfeld	196 051	–11,6		
129	Marburg	227 781	+ 2,7		
130	Lahn-Dill	243 202	+ 9,7		
131	Gießen	247 226	+11,5		
132	Fulda	267 292	+20,5		
133	Hochtaunus	280 509	+26,5		
134	Wetterau	238 683	+ 7,6		
135	Rheingau-Taunus – Limburg	248 481	+12,1		
136	Wiesbaden	237 233	+ 7,0		
137	Hanau	272 129	+22,7		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Hessen				
138	Frankfurt am Main I – Main-Taunus	195 917	−11,6		
139	Frankfurt am Main II	166 299	−25,0		
140	Frankfurt am Main III	172 087	−22,4		
141	Groß-Gerau	248 272	+12,0		
142	Offenbach	236 943	+ 6,9		
143	Darmstadt	250 112	+12,8		
144	Odenwald	290 111	+30,8		
145	Bergstraße	226 017	+ 1,9		
	Rheinland-Pfalz				
146	Neuwied	263 078	+18,6		
147	Ahrweiler	205 893	− 7,1		
148	Koblenz	221 878	+ 0,1		
149	Cochem	159 903	−27,9		
150	Kreuznach	221 528	− 0,1		
151	Bitburg	190 546	−14,1		
152	Trier	212 147	− 4,3		
153	Montabaur	275 404	+24,2		
154	Mainz	281 755	+27,1		
155	Worms	204 230	− 7,9		
156	Frankenthal	172 531	−22,2		
157	Ludwigshafen	183 260	−17,4		
158	Neustadt – Speyer	201 633	− 9,1		
159	Kaiserslautern	252 625	+13,9		
160	Pirmasens	171 300	−22,7		
161	Südpfalz	221 815	+ 0,0		
	Baden-Württemberg				
162	Stuttgart I	230 565	+ 4,0		
163	Stuttgart II	232 956	+ 5,1		
164	Böblingen	272 745	+23,0		
165	Esslingen	193 724	−12,6		
166	Nürtingen	209 971	− 5,3		
167	Göppingen	206 218	− 7,0		
168	Waiblingen	243 414	+ 9,8		
169	Ludwigsburg	226 515	+ 2,2		
170	Neckar-Zaber	207 205	− 6,6		
171	Heilbronn	274 863	+24,0		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Baden-Württemberg				
172	Schwäbisch Hall	226 166	+ 2,0		
173	Backnang — Schwäbisch Gmünd	193 055	−12,9		
174	Aalen — Heidenheim	256 698	+15,8		
175	Karlsruhe-Stadt	243 232	+ 9,7		
176	Karlsruhe-Land	276 463	+24,7		
177	Rastatt	286 232	+29,1		
178	Heidelberg	232 630	+ 4,9		
179	Mannheim I	175 185	−21,0		
180	Mannheim II	190 591	−14,0		
181	Odenwald — Tauber	239 062	+ 7,8		
182	Rhein-Neckar	208 864	− 5,8		
183	Pforzheim	242 259	+ 9,3		
184	Calw	219 023	− 1,2		
185	Freiburg	274 582	+ 23,8		
186	Lörrach — Müllheim	241 071	+ 8,7		
187	Emmendingen — Lahr	245 206	+10,6		
188	Offenburg	223 527	+ 0,8		
189	Rottweil-Tuttlingen	220 515	− 0,6		
190	Schwarzwald-Baar	175 060	−21,1		
191	Konstanz	213 233	− 3,8		
192	Waldshut	168 773	−23,9		
193	Reutlingen	220 618	− 0,5		
194	Tübingen	205 362	− 7,4		
195	Ulm	236 745	+ 6,8		
196	Biberach	253 107	+14,1		
197	Ravensburg — Bodensee	277 158	+25,0		
198	Zollernalb — Sigmaringen	226 436	+ 2,1		
	Bayern				
199	Altötting	272 223	+22,8		
200	Freising	287 140	+29,5	287 019	+29,4
201	Fürstenfeldbruck	265 585	+19,8	265 695	+19,8
202	Ingolstadt	249 486	+12,5		
203	München-Mitte	171 283	−22,8		
204	München-Nord	229 929	+ 3,7		
205	München-Ost	227 792	+ 2,7		
206	München-Süd	221 459	− 0,1		
207	München-West	202 949	− 8,5		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	noch Bayern				
208	München-Land	248 109	+11,9	248 108	+11,9
209	Rosenheim	234 801	+ 5,9	234 818	+ 5,9
210	Starnberg	278 532	+25,6	278 533	+25,6
211	Traunstein	224 603	+ 1,3	224 586	+ 1,3
212	Weilheim	263 795	+19,0		
213	Deggendorf	171 860	−22,5		
214	Landshut	249 811	+12,7	249 822	+12,7
215	Passau	206 665	− 6,8		
216	Rottal-Inn	171 804	−22,5		
217	Straubing	194 718	−12,2		
218	Amberg	234 824	+ 5,9	234 859	+ 5,9
219	Regensburg	259 794	+17,2	259 759	+17,1
220	Schwandorf	244 045	+10,1		
221	Weiden	204 103	− 8,0	204 076	− 8,0
222	Bamberg	252 610	+13,9	252 602	+13,9
223	Bayreuth	164 595	−25,8	164 630	−25,8
224	Coburg	193 430	−12,8		
225	Hof	232 371	+ 4,8		
226	Kulmbach	162 328	−26,8		
227	Ansbach	188 040	−15,2	269 427	+21,5
228	Erlangen	296 733	+33,8	193 740	−12,6
229	Fürth	297 324	+34,1	258 003	+16,4
230	Nürnberg-Nord	201 402	− 9,2	218 713	− 1,4
231	Nürnberg-Süd	206 242	− 7,0	222 403	+ 0,3
232	Roth	219 546	− 1,0	247 009	+11,4
233	Aschaffenburg	198 111	−10,7		
234	Bad Kissingen	253 865	+14,5		
235	Main-Spessart	220 967	− 0,3		
236	Schweinfurt	226 608	+ 2,2	226 611	+ 2,2
237	Würzburg	258 342	+16,5		
238	Augsburg-Stadt	215 130	− 3,0		
239	Augsburg-Land	280 985	+26,7		
240	Donau-Ries	188 729	−14,9	188 718	−14,9
241	Neu-Ulm	231 415	+ 4,4		
242	Oberallgäu	241 660	+ 9,0		
243	Ostallgäu	291 141	+31,3		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

noch Anlage 1

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987[1]) für			
		gegenwärtige		zu ändernde	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	Saarland				
244	Saarbrücken I	184 737	−16,7		
245	Saarbrücken II	193 110	−12,9		
246	Saarlouis	205 687	− 7,2		
247	Sankt Wendel	202 922	− 8,5		
248	Homburg	207 011	− 6,6		

[1]) Deutsche Bevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

Anlage 2

Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern mit einer Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 vom Bundesdurchschnitt um 20% und mehr

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung[1]) am 31. März 1987	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	Schleswig-Holstein		
8	Segeberg – Stormarn-Nord	279 448	+26,0
10	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	274 231	+23,7
	Hamburg		
18	Hamburg-Harburg	164 429	–25,8
	Niedersachsen		
22	Oldenburg – Ammerland	267 136	+20,5
38	Hannover-Land I	277 329	+25,1
	Bremen		
51	Bremen-West	162 356	–26,8
	Nordrhein-Westfalen		
54	Kreis Aachen	267 466	+20,6
57	Erftkreis I	267 534	+20,7
59	Köln I	177 371	–20,0
68	Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis II	176 153	–20,6
69	Wuppertal I	172 223	–22,3
70	Wuppertal II	163 311	–26,4
87	Mülheim	158 742	–28,4
89	Essen II	169 557	–23,5
93	Gelsenkirchen I	155 591	–29,8
94	Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	160 825	–27,5
95	Bottrop – Recklinghausen IV	175 940	–20,7
96	Borken	295 710	+33,4
97	Coesfeld – Steinfurt I	272 100	+22,7
98	Steinfurt II	270 936	+22,2
102	Bielefeld	269 824	+21,7
104	Minden-Lübbecke	268 797	+21,2
112	Herne	154 682	–30,2
113	Dortmund I	164 614	–25,8
114	Dortmund II	158 721	–28,4
117	Hamm – Unna II	280 780	+26,6
121	Olpe – Siegen-Wittgenstein II	173 286	–21,9
	Hessen		
132	Fulda	267 292	+20,5
133	Hochtaunus	280 509	+26,5
137	Hanau	272 129	+22,7
139	Frankfurt am Main II	166 299	–25,0
140	Frankfurt am Main III	172 087	–22,4
144	Odenwald	290 111	+30,8
	Rheinland-Pfalz		
149	Cochem	159 903	–27,9
153	Montabaur	275 404	+24,2
154	Mainz	281 755	+27,1
156	Frankenthal	172 531	–22,2
160	Pirmasens	171 300	–22,7
	Baden-Württemberg		
164	Böblingen	272 745	+23,0
171	Heilbronn	274 863	+24,0
176	Karlsruhe-Land	276 463	+24,7
177	Rastatt	286 232	+29,1
179	Mannheim I	175 185	–21,0
185	Freiburg	274 582	+23,8
190	Schwarzwald-Baar	175 060	–21,1
192	Waldshut	168 773	–23,9
197	Ravensburg – Bodensee	277 158	+25,0
	Bayern		
199	Altötting	272 223	+22,8
200	Freising	287 140	+29,5
203	München-Mitte	171 283	–22,8
210	Starnberg	278 532	+25,6
213	Deggendorf	171 860	–22,5
216	Rottal-Inn	171 804	–22,5
223	Bayreuth	164 595	–25,8
226	Kulmbach	162 328	–26,8
228	Erlangen	296 733	+33,8
229	Fürth	297 324	+34,1
239	Augsburg-Land	280 985	+26,7
243	Ostallgäu	291 141	+31,3

[1]) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.

[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

Anlage 3

Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 vom Bundesdurchschnitt

Land	Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in % nach oben und unten							
	insgesamt	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr
Schleswig-Holstein	11	2	1	5	1	1	1	–
Hamburg	7	3	1	1	1	–	1	–
Niedersachsen	31	6	8	9	6	1	1	–
Bremen	3	2	–	–	–	–	1	–
Nordrhein-Westfalen	71	17	9	15	9	12	8	1
Hessen	22	2	5	8	1	3	3	–
Rheinland-Pfalz	16	4	3	2	2	3	2	–
Baden-Württemberg	37	10	12	5	1	7	2	–
Bayern	45	10	8	10	5	4	6	2
Saarland	5	–	3	1	1	–	–	–
Bundesgebiet ohne Berlin	248	56	50	56	27	31	25	3

Anlage 4

Unterlage für die Berechnung der Zahl der Wahlkreise auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 auf die Länder

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. März 1987		Zahl der Wahlkreise				
			gegenwärtig	nach der deutschen Bevölkerung am 31. März 1987[1]			
	Anzahl	%		auf Dezimalstellen[2]	gerundet	mehr als bisher	weniger als bisher
Schleswig-Holstein	2 525 404	*4,6*	11	11,388	11	–	–
Hamburg	1 391 571	*2,5*	7	6,275	6	–	1
Niedersachsen	6 905 627	*12,6*	31	31,142	31	–	–
Bremen	604 632	*1,1*	3	2,726	3	–	–
Nordrhein-Westfalen	15 306 722	*27,8*	71	69,029	69	–	2
Hessen	5 019 299	*9,1*	22	22,635	23	1	–
Rheinland-Pfalz	3 439 526	*6,3*	16	15,511	16	–	–
Baden-Württemberg	8 469 029	*15,4*	37	38,192	38	1	–
Bayern	10 336 884	*18,8*	45	46,616	47	2	–
Saarland	993 467	*1,8*	5	4,480	4	–	1
Bundesgebiet ohne Berlin	54 992 161	*100*	248	247,994	248	4	4

[1]) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 221 743; Deutsche Bevölkerung dividiert durch 221 743.

Anlage 3

Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %															
nach oben								nach unten							
zusammen	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr	zusammen	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr
6	1	1	1	1	1	1	–	5	1	–	4	–	–	–	–
2	2	–	–	–	–	–	–	5	1	1	1	1	–	1	–
17	4	3	7	1	1	1	–	14	2	5	2	5	–	–	–
1	1	–	–	–	–	–	–	2	1	–	–	–	–	1	–
31	9	4	7	3	6	1	1	40	8	5	8	6	6	7	–
14	2	4	4	–	2	2	–	8	–	1	4	1	1	1	–
6	2	–	1	1	1	1	–	10	2	3	1	1	2	1	–
22	6	7	2	1	4	2	–	15	4	5	3	–	3	–	–
26	6	3	6	4	1	4	2	19	4	5	4	1	3	2	–
–	–	–	–	–	–	–	–	5	–	3	1	1	–	–	–
125	33	22	28	11	16	12	3	123	23	28	28	16	15	13	–

Anlage 5

Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

Land	Wahlkreise						
	unverändert (einschließlich Umsetzung unbewohnter Gebiete)	die einen Ab- bzw. Zugang oder einen Ab- und Zugang von … deutschen Einwohnern haben: weniger als 500	500 bis unter 10 000	10 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 und mehr	insgesamt
Schleswig-Holstein . .	9	2	–	–	–	–	11
Hamburg	7	–	–	–	–	–	7
Niedersachsen	31	–	–	–	–	–	31
Bremen	3	–	–	–	–	–	3
Nordrhein-Westfalen .	67	2	–	2	–	–	71
Hessen	22	–	–	–	–	–	22
Rheinland-Pfalz	16	–	–	–	–	–	16
Baden-Württemberg .	37	–	–	–	–	–	37
Bayern	24	14	–	5	1	1	45
Saarland	5	–	–	–	–	–	5
Bundesgebiet ohne Berlin	221	18	–	7	1	1	248

Anlage 6

Durch Wahlkreisgrenzen geschnittene Kreise

Land	Kreise insgesamt am 1. April 1984	Zahl der durch Wahlkreisgrenzen geschnittenen Kreise		
		bei der vorgeschlagenen Wahlkreisabgrenzung	bei der gegenwärtigen Wahlkreisabgrenzung	weniger (−) bzw. mehr (+) als gegenwärtig
Schleswig-Holstein	11	2	2	—
Niedersachsen	38	5	5	—
Nordrhein-Westfalen	31	9	8	+ 1
Hessen	21	11	11	—
Rheinland-Pfalz	24	6	6	—
Baden-Württemberg	35	10	10	—
Bayern	71	1	2	− 1
Saarland	6[1]	3[1]	3[1]	—
Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin	237	47	47	—

[1]) Einschließlich Stadtverband Saarbrücken.

Anlage 7

Die gegenwärtigen Wahlkreise in den Ländern nach der Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 vom Bundesdurchschnitt

Land	Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %							
	nach oben und unten							
	insgesamt	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr
Schleswig-Holstein	11	2	1	5	1	1	1	—
Hamburg	7	3	1	1	1	—	1	—
Niedersachsen	31	6	8	9	6	1	1	—
Bremen	3	2	—	—	—	—	1	—
Nordrhein-Westfalen	71	17	8	15	10	12	9	—
Hessen	22	2	5	8	1	3	3	—
Rheinland-Pfalz	16	4	3	2	2	3	2	—
Baden-Württemberg	37	10	12	5	1	7	2	—
Bayern	45	11	6	12	5	5	6	—
Saarland	5	—	3	1	1	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin	248	57	47	58	28	32	26	—

Anlage 7

Wahlkreise mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %															
nach oben								nach unten							
zusammen	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr	zusammen	unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 33⅓	33⅓ und mehr
6	1	1	1	1	1	1	–	5	1	–	4	–	–	–	–
2	2	–	–	–	–	–	–	5	1	1	1	1	–	1	–
17	4	3	7	1	1	1	–	14	2	5	2	5	–	–	–
1	1	–	–	–	–	–	–	2	1	–	–	–	–	1	–
31	9	3	7	4	6	2		40	8	5	8	6	6	7	–
14	2	4	4	–	2	2	–	8	–	1	4	1	1	1	–
6	2	–	1	1	1	1	–	10	2	3	1	1	2	1	–
22	6	7	2	1	4	2	–	15	4	5	3	–	3	–	
28	7	3	7	5	2	4		17	4	3	5	–	3	2	–
–	–	–	–	–	–	–	–	5	–	3	1	1	–	–	–
127	34	21	29	13	17	13	–	121	23	26	29	15	15	13	–

Anlage 8

Die vorgeschlagenen Wahlkreise in den Ländern mit einer Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. März 1987 vom Bundesdurchschnitt um 20% und mehr

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung[1]) am 31. März 1987	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	Schleswig-Holstein		
8	Segeberg – Stormarn-Nord	279 448	+26,0
10	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	274 231	+23,7
	Hamburg		
18	Hamburg-Harburg	164 429	–25,8
	Niedersachsen		
22	Oldenburg – Ammerland	267 136	+20,5
38	Hannover-Land I	277 329	+25,1
	Bremen		
51	Bremen-West	162 356	–26,8
	Nordrhein-Westfalen		
54	Kreis Aachen	267 466	+20,6
57	Erftkreis I	267 534	+20,7
59	Köln I	177 371	–20,0
68	Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis II	176 153	–20,6
69	Wuppertal I	172 223	–22,3
70	Wuppertal II	163 311	–26,4
87	Mülheim	158 742	–28,4
89	Essen II	169 557	–23,5
93	Gelsenkirchen I	155 591	–29,8
94	Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	160 825	–27,5
95	Bottrop – Recklinghausen IV	175 940	–20,7
96	Borken II	278 618	+25,6
97	Coesfeld – Steinfurt I	272 100	+22,7
98	Steinfurt II	270 936	+22,2
102	Bielefeld	269 824	+21,7
104	Minden-Lübbecke	268 797	+21,2
112	Herne	154 682	–30,2
113	Dortmund I	164 614	–25,8
114	Dortmund II	158 721	–28,4
117	Hamm – Unna II	280 780	+26,6
121	Olpe – Siegen-Wittgenstein II	173 286	–21,9

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung[1]) am 31. März 1987	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung vom Bundesdurchschnitt in %[2])
	Hessen		
132	Fulda	267 292	+20,5
133	Hochtaunus	280 509	+26,5
137	Hanau	272 129	+22,7
139	Frankfurt am Main II	166 299	–25,0
140	Frankfurt am Main III	172 087	–22,4
144	Odenwald	290 111	+30,8
	Rheinland-Pfalz		
149	Cochem	159 903	–27,9
153	Montabaur	275 404	+24,2
154	Mainz	281 755	+27,1
156	Frankenthal	172 531	–22,2
160	Pirmasens	171 300	–22,7
	Baden-Württemberg		
164	Böblingen	272 745	+23,0
171	Heilbronn	274 863	+24,0
176	Karlsruhe-Land	276 463	+24,7
177	Rastatt	286 232	+29,1
179	Mannheim I	175 185	–21,0
185	Freiburg	274 582	+23,8
190	Schwarzwald-Baar	175 060	–21,1
192	Waldshut	168 773	–23,9
197	Ravensburg – Bodensee	277 158	+25,0
	Bayern		
199	Altötting	272 223	+22,8
200	Freising	287 019	+29,4
203	München-Mitte	171 283	–22,8
210	Starnberg	278 533	+25,6
213	Deggendorf	171 860	–22,5
216	Rottal-Inn	171 804	–22,5
223	Bayreuth	164 630	–25,8
226	Kulmbach	162 328	–26,8
227	Ansbach	269 427	+21,5
239	Augsburg-Land	280 985	+26,7
243	Ostallgäu	291 141	+31,3

[1]) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ohne Ausländer nach dem Ausländerzentralregister.
[2]) Bundesdurchschnitt 221 743.

Anlage 9

Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schleswig-Holstein
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck
		Nordrhein-Westfalen
67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	Vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Bergisch Gladbach, Kürten, Odenthal, Overath, Rösrath, Wermelskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 68)
70	Wuppertal II	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 5 Barmen, 6 Oberbarmen, 7 Heckinghausen, 8 Langerfeld-Beyenburg, 9 Ronsdorf (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 69)
71	Solingen — Remscheid	Kreisfreie Städte Remscheid, Solingen
92	Recklinghausen II — Borken I	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl, Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 91, 94, 95), vom Kreis Borken die Gemeinden Heiden, Reken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 96)
96	Borken II	Vom Kreis Borken die Gemeinden Ahaus, Bocholt, Borken, Gescher, Gronau (Westf.), Heek, Isselburg, Legden, Raesfeld, Rhede, Schöppingen, Stadtlohn, Südlohn, Velen, Vreden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92)
		Hessen
138	Frankfurt am Main I — Main-Taunus	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Griesheim, Hausen, Höchst, Nied, Praunheim, Rödelheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim; vom Ortsteil Schwanheim die Stadtbezirke 531 und 532 (Übrige Ortsteile und Stadtbezirke s. Wkr. 139, 140), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Bad Soden am Taunus, Eschborn, Hattersheim am Main, Kriftel, Liederbach am Taunus, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 141)

noch Anlage 9

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Rheinland-Pfalz
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreie Gemeinde Bendorf, die Verbandsgemeinden Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch), Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken), Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg), Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 147), vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard, die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain), Sankt Goar-Oberwesel (= Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
		Bayern
200	Freising	Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm
201	Fürstenfeldbruck	Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck
203	München-Mitte	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 7, 9 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207)
208	München-Land	Landkreis München
209	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
210	Starnberg	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg
211	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
214	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut

noch Anlage 9

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
218	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i.d. Opf.
219	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
221	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. Opf., Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth
222	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Bischberg, Breitengüßbach, Gundelsheim, Hallstadt, Hirschaid, Kemmern, Litzendorf, Memmelsdorf, Oberhaid, Pommersfelden, Schlüsselfeld, Strullendorf, Viereth-Trunstadt, die Verwaltungsgemeinschaften Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i.Steigerwald), Buttenheim (= Gemeinden Altendorf, Buttenheim), Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, Ebrach), Frensdorf (= Gemeinden Frensdorf, Pettstadt), Lisberg (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf), Stegaurach (= Gemeinden Stegaurach, Walsdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226)
223	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth
227	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreise Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen
228	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Erlangen-Höchstadt
229	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
230	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 04, 05 bis 13, 22 bis 30, 64, 65, 70 bis 87, 90 bis 95 (Übrige Bezirke s. Wkr. 231)
231	Nürnberg-Süd	Kreisfreie Stadt Schwabach, von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 63, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 230)

noch Anlage 9

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
232	Roth	Landkreise Nürnberger Land, Roth
236	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries

Anlage 10

Beschreibung der gegenwärtigen und vorgeschlagenen Wahlkreise, für die Änderungen vorgeschlagen werden

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
	Abgang		Zugang		
	an Wkr.	Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	von Wkr.	Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	
Schleswig-Holstein					
9 Ostholstein Kreis Ostholstein (Einw.: 192 752 −13,1%)			11	Das am 1. Januar 1988 aus der kreisfreien Stadt Lübeck in die Gemeinde Stockelsdorf (Landkreis Ostholstein) umgegliederte Gebiet (Einw.: 5)	**9 Ostholstein** Kreis Ostholstein (Einw.: 192 757 −13,1%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
11 Lübeck Kreisfreie Stadt Lübeck (Einw.: 196 167 −11,5%)	9	Das am 1. Januar 1988 aus der kreisfreien Stadt Lübeck in die Gemeinde Stockelsdorf (Landkreis Ostholstein) umgegliederte Gebiet (Einw.: 5)			**11 Lübeck** Kreisfreie Stadt Lübeck (Einw.: 196 162 −11,5%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
Nordrhein-Westfalen					
67 Rheinisch-Bergischer Kreis I Vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Bergisch Gladbach, Kürten, Odenthal, Overath, Rösrath, Wermelskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 68) (Einw.: 192 679 −13,1%)			71	Das am 1. Januar 1987 aus der kreisfreien Stadt Solingen in die Gemeinde Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) umgegliederte Gebiet (Einw.: 1)	**67 Rheinisch-Bergischer Kreis I** Vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Bergisch Gladbach, Kürten, Odenthal, Overath, Rösrath, Wermelskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 68) (Einw.: 192 680 −13,1%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
70 Wuppertal II Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 5 Barmen, 6 Oberbarmen, 7 Heckinghausen, 8 Langerfeld, 9 Ronsdorf (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 69) (Einw.: 163 311 –26,4%)					**70 Wuppertal II** Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 5 Barmen, 6 Oberbarmen, 7 Heckinghausen, 8 Langerfeld-Beyenburg, 9 Ronsdorf (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 69) (Einw.: 163 311 –26,4%)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung aufgrund Namensänderung des Stadtbezirkes 8 Langerfeld in 8 Langerfeld-Beyenburg					
71 Solingen – Remscheid Kreisfreie Städte Remscheid, Solingen (Einw.: 243 548 +9,8%)	67	Das am 1. Januar 1987 aus der kreisfreien Stadt Solingen in die Gemeinde Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) umgegliederte Gebiet (Einw.: 1)			**71 Solingen – Remscheid** Kreisfreie Städte Remscheid, Solingen (Einw.: 243 547 +9,8%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
92 Recklinghausen II Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 91, 94, 95) (Einw.: 239 914 +8,2%)			96	Vom Kreis Borken die Gemeinden Heiden, Reken (Einw.: 17 092)	**92 Recklinghausen II – Borken I** Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 91, 94, 95) vom Kreis Borken die Gemeinden Heiden, Reken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 96) (Einw.: 257 006 +15,9%)
Bemerkungen: Umsetzung von 2 Gemeinden zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt beim Wahlkreis 96					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen: Abgang an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
96 Borken Kreis Borken (Einw.: 295 710 +33,4%)	92	Vom Kreis Borken die Gemeinden Heiden, Reken (Einw.: 17 092)			**96 Borken II** Vom Kreis Borken die Gemeinden Ahaus, Borken, Gescher, Gronau (Westf.), Heek, Isselburg, Legden, Raesfeld, Rhede, Schöppingen, Stadtlohn, Südlohn, Velen, Vreden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92) (Einw.: 278 618 +25,6%)

Bemerkungen: Umsetzung von 2 Gemeinden zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt

Hessen

Gegenwärtige Wahlkreise	an Wkr.	Abgang	von Wkr.	Zugang	Vorgeschlagene Wahlkreise
138 Frankfurt am Main I – Main-Taunus Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Griesheim, Hausen, Höchst, Nied, Praunheim, Rödelheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim, vom Ortsteil Schwanheim die Stadtbezirke 531 und 532 (Übrige Ortsteile und Stadtbezirke s. Wkr. 139, 140), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Bad Soden am Taunus, Eschborn, Hattersheim am Main, Kriftel, Liederbach am Taunus, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 141) (Einw.: 195 917 –11,6%)					**138 Frankfurt am Main I – Main-Taunus** Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Griesheim, Hausen, Höchst, Nied, Praunheim, Rödelheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim, vom Ortsteil Schwanheim die Stadtbezirke 531 und 532 (Übrige Ortsteile und Stadtbezirke s. Wkr. 139, 140), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Bad Soden am Taunus, Eschborn, Hattersheim am Main, Kriftel, Liederbach am Taunus, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 141) (Einw.: 195 917 –11,6%)

Bemerkungen: Änderung der Beschreibung aufgrund Namensänderung der Gemeinde Liederbach in Liederbach am Taunus

noch Anlage 10

<table>
<tr><th rowspan="3">Beschreibung der
gegenwärtigen Wahlkreise
Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987
%: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt</th><th colspan="4">Veränderungen durch Umsetzungen</th><th rowspan="3">Beschreibung der
vorgeschlagenen Wahlkreise
Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987
%: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt</th></tr>
<tr><th colspan="2">Abgang</th><th colspan="2">Zugang</th></tr>
<tr><th>an Wkr.</th><th>Bezeichnung der Gebietseinheit
Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987</th><th>von Wkr.</th><th>Bezeichnung der Gebietseinheit
Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987</th></tr>
<tr><td colspan="6">**Rheinland-Pfalz**</td></tr>
<tr><td>**148 Koblenz**
Kreisfreie Stadt Koblenz,
vom Landkreis Mayen-Koblenz
die verbandsfreie Gemeinde
Bendorf,
die Verbandsgemeinden
Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch),
Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Mörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken),
Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg),
Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 147),</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>**148 Koblenz**
Kreisfreie Stadt Koblenz,
vom Landkreis Mayen-Koblenz
die verbandsfreie Gemeinde
Bendorf
die Verbandsgemeinden
Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch),
Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Mörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken),
Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg),
Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 147),</td></tr>
</table>

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen: Abgang an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard, die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen-Lamscheid, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain), Sankt Goar-Oberwesel (Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149) (Einw.: 221 878 +0,1%)					vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth Karbach, Kratzenburg, Leiningen, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain), Sankt Goar-Oberwesel (Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149) (Einw. 221 878 +0,1%)

Bemerkungen: Änderung der Beschreibung aufgrund Namensänderung der Gemeinde Leiningen-Lamscheid in Leiningen

Bayern

200 Freising Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm (Einw.: 287 140 +29,5%)	201	Das am 31. März 1984 aus der Gemeinde Fahrenzhausen (Landkreis Freising) in die Gemeinde Petershausen (Landkreis Dachau) umgegliederte Gebiet (Einw.: 110)			**200 Freising** Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm (Einw.: 287 019 +29,4%)

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen: Abgang – an Wkr.	Abgang – Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang – von Wkr.	Zugang – Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
	214	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Kirchberg (Landkreis Erding) in die Gemeinde Buch a. Erlbach (Landkreis Landshut) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)			
Bemerkungen: Beseitigung von Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderungen					
201 Fürstenfeldbruck Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck (Einw.: 265 585 +19,8%)			200	Das am 31. März 1984 aus der Gemeinde Fahrenzhausen (Landkreis Freising) in die Gemeinde Petershausen (Landkreis Dachau) umgegliederte Gebiet (Einw.: 110)	**201 Fürstenfeldbruck** Landkreise Dachau, Fürstenfeldbrück (Einw.: 265 695 +19,8%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
203 München-Mitte Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207) (Einw.: 171 283 −22,8%)					**203 München-Mitte** Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 7, 9 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207) (Einw.: 171 283 −22,8%)
Bemerkungen: Änderung der Beschreibung der Stadtbezirke auf Grund eines Beschlusses des Stadtrates der Landeshauptstadt München					
208 München-Land Landkreis München (Einw.: 248 109 +11,9%)	210	Das am 1. Juli 1985 aus der Gemeinde Planegg (Landkreis München) in die Gemeinde Krailling (Landkreis Starnberg) umgegliederte Gebiet (Einw.: 1)			**208 München-Land** Landkreis München (Einw.: 248 108 +11,9%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
209 Rosenheim Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim (Einw.: 234 801 +5,9%)			211 211	Das am 1. Juli 1984 aus der Gemeinde Obing (Landkreis Traunstein) in die Gemeinde Amerang (Landkreis Rosenheim) umgegliederte Gebiet (Einw.: 6) Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Obing (Landkreis Traunstein) in die Gemeinde Amerang (Landkreis Rosenheim) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)	**209 Rosenheim** Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim (Einw.: 234 818 +5,9%)
Bemerkungen: Beseitigung von Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderungen					
210 Starnberg Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg (Einw.: 278 532 +25,6%)			208	Das am 1. Juli 1985 aus der Gemeinde Planegg (Landkreis München) in die Gemeinde Krailling (Landkreis Starnberg) umgegliederte Gebiet (Einw.: 1)	**210 Starnberg** Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach Starnberg (Einw.: 278 533 +25,6%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen auf Grund kommunaler Grenzänderung					
211 Traunstein Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein (Einw.: 224 603 +1,3%)	209 209	Das am 1. Juli 1984 aus der Gemeinde Obing (Landkreis Traunstein) in die Gemeinde Amerang (Landkreis Rosenheim) umgegliederte Gebiet (Einw.: 6) Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Obing (Landkreis Traunstein) in die Gemeinde Amerang (Landkreis Rosenheim) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)			**211 Traunstein** Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein (Einw.: 224 586 +1,3%)
Bemerkungen: Beseitigung von Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderungen					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
214 Landshut Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut (Einw.: 249 811 +12,7%)			200	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Kirchberg (Landkreis Erding) in die Gemeinde Buch a. Erlbach (Landkreis Landshut) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)	**214 Landshut** Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut (Einw.: 249 822 +12,7%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
218 Amberg Kreisfreie Stadt Amberg Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i.d. Opf. (Einw.: 234 824 +5,9%)			219	Das am 7. November 1984 aus der Gemeinde Beratzhausen (Landkreis Regensburg) in die Gemeinde Hohenfels (Landkreis Neumarkt i.d. Opf.) umgegliederte Gebiet (Einw.: 35)	**218 Amberg** Kreisfreie Stadt Amberg Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i.d. Opf. (Einw.: 234 859 +5,9%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
219 Regensburg Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg (Einw.: 259 794 +17,2%)	218	Das am 7. November 1984 aus der Gemeinde Beratzhausen (Landkreis Regensburg) in die Gemeinde Hohenfels (Landkreis Neumarkt i.d. Opf.) umgegliederte Gebiet (Einw.: 35)			**219 Regensburg** Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg (Einw.: 259 759 +17,1%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					
221 Weiden Kreisfreie Stadt Weiden i.d. Opf., Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab, Tirschenreuth (Einw.: 204 103 –8,0%)	223	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab) in die Gemeinde Prebitz (Landkreis Bayreuth) umgegliederte Gebiet (Einw.: 27)			**221 Weiden** Kreisfreie Stadt Weiden i.d. Opf., Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab, Tirschenreuth (Einw.: 204 076 –8,0%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
222 Bamberg Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Bischberg, Breitengüßbach, Gundelsheim, Hallstadt, Hirschaid, Kemmern, Litzendorf, Memmelsdorf, Oberhaid, Pommersfelden, Schlüsselfeld, Strullendorf, Viereth, die Verwaltungsgemeinschaften Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i. Steigerwald), Buttenheim (= Gemeinden Altendorf, Buttenheim), Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, Ebrach), Frensdorf (=Gemeinden Frensdorf, Pettstadt), Lisberg (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf), Stegaurach (= Gemeinden Stegaurach, Walsdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226) (Einw.: 252 610 +13,9%)	223	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Gößweinstein (Landkreis Forchheim) in die Gemeinde Ahorntal (Landkreis Bayreuth) umgegliederte Gebiet (Einw.: 8)			**222 Bamberg** Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Bischberg, Breitengüßbach, Gundelsheim, Hallstadt, Hirschaid, Kemmern, Litzendorf, Memmelsdorf, Oberhaid, Pommersfelden, Schlüsselfeld, Strullendorf, Viereth-Trunstadt, die Verwaltungsgemeinschaften Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i. Steigerwald), Buttenheim (= Gemeinden Altendorf, Buttenheim), Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, Ebrach), Frensdorf (= Gemeinden Frensdorf, Pettstadt), Lisberg (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf), Stegaurach (= Gemeinden Stegaurach, Walsdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226) (Einw.: 252 602 +13,9%)

Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung sowie Änderung der Beschreibung aufgrund Namensänderung der Gemeinde Viereth in Viereth-Trunstadt

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
223 Bayreuth Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth (Einw.: 164 595 −25,8%)			221	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab) in die Gemeinde Prebitz (Landkreis Bayreuth) umgegliederte Gebiet (Einw.: 27)	**223 Bayreuth** Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth (Einw.: 164 630 −25,8%)
			222	Das am 1. Januar 1986 aus der Gemeinde Gößweinstein (Landkreis Forchheim) in die Gemeinde Ahorntal (Landkreis Bayreuth) umgegliederte Gebiet (Einw.: 8)	
Bemerkungen: Beseitigung von Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderungen					
227 Ansbach Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreis Ansbach (Einw.: 188 040 −15,2%			232	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen (Einw.: 81 376)	**227 Ansbach** Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreise Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen (Einw.: 269 427 +21,5%)
			240	Das am 1. Januar 1985 aus der Gemeinde Wolferstedt (Landkreis Donau-Ries) in die Gemeinde Treuchtlingen (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)	
Bemerkungen: Umsetzung des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229 und Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung.					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
228 Erlangen Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Nürnberger Land, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Adelsdorf, Baiersdorf, Bubenreuth, Eckenthal, Hemhofen, Heroldsberg, Höchstadt a.d. Aisch, Kalchreuth, Möhrendorf, die Verwaltungsgemeinschaft Uttenreuth (= Gemeinden Buckenhof, Marloffstein, Spardorf, Uttenreuth) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 229) (Einw.: 296 733 +33,8%)	232	Landkreis Nürnberger Land (Einw.: 142 305)	229	Vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Herzogenaurach, Röttenbach, Weisendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aurachtal (= Gemeinden Aurachtal, Oberreichenbach), Heßdorf (= Gemeinden Großenseebach, Heßdorf), Höchstadt a.d. Aisch (= Gemeinden Gremsdorf, Lonnerstadt, Mühlhausen, Vestenbergsgreuth, Wachenroth) (Einw.: 39 312)	**228 Erlangen** Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Erlangen-Höchstadt (Einw.: 193 740 –12,6%)

Bemerkungen: Umsetzung des Landkreises Nürnberger Land sowie 12 Gemeinden des Landkreises Erlangen-Höchstadt zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229.

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
	Abgang		Zugang		
	an Wkr.	Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	von Wkr.	Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	
229 Fürth Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Herzogenaurach, Röttenbach, Weisendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aurachtal (= Gemeinden Aurachtal, Oberreichenbach), Heßdorf (= Gemeinden Großenseebach, Heßdorf), Höchstadt a.d. Aisch (= Gemeinden Gremsdorf, Lonnerstadt, Mühlhausen, Vestenbergsgreuth, Wachenroth) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228) (Einw.: 297 324 +34,1%)	228	Vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Herzogenaurach, Röttenbach, Weisendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aurachtal (= Gemeinden Aurachtal, Oberreichenbach), Heßdorf (= Gemeinden Großenseebach, Heßdorf), Höchstadt a.d. Aisch (= Gemeinden Gremsdorf, Lonnerstadt, Mühlhausen, Vestenbergsgreuth, Wachenroth) (Einw.: 39 312)			**229 Fürth** Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim (Einw.: 258 003 +16,4%)
	231	Das am 1. Januar 1985 aus der Gemeinde Oberasbach (Landkreis Fürth) in die kreisfreie Stadt Nürnberg umgegliederte Gebiet (Einw.: 6)			
	236	Das am 1. Januar 1984 aus der Gemeinde Sugenheim (Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim) in die Gemeinde Iphofen (Landkreis Kitzingen) umgegliederte Gebiet (Einw.: 3)			

Bemerkungen: Umsetzung von 12 Gemeinden des Landkreises Erlangen-Höchstadt zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229 und Beseitigung von Gemeindedurchschneidungen durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderungen.

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen: Abgang an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
230 Nürnberg-Nord Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 03, 05 bis 13, 23 bis 30, 70 bis 87, 90 bis 95 (Übrige Bezirke s. Wkr. 231) (Einw.: 201 402 −9,2%)			231	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 22, 64, 65 (Einw.: 17 311)	**230 Nürnberg-Nord** Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 04, 05 bis 13, 22 bis 30, 64, 65, 70 bis 87, 90 bis 95 (Übrige Bezirke s. Wkr. 231) (Einw.: 222 403 +0,3%)
Bemerkungen: Umsetzung von 4 Stadtbezirken der kreisfreien Stadt Nürnberg zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229.					
231 Nürnberg-Süd Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 14 bis 22, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 65, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 230) (Einw.: 206 242 −7,0%)	230	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 22, 64, 65 (Einw.: 17 311)	229 232	Das am 1. Januar 1985 aus der Gemeinde Oberasbach (Landkreis Fürth) in die kreisfreie Stadt Nürnberg umgegliederte Gebiet (Einw.: 6) Kreisfreie Stadt Schwabach (Einw.: 33 466)	**231 Nürnberg-Süd** Kreisfreie Stadt Schwabach, von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 63, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 230) (Einw.: 222 403 +0,3%)
Bemerkungen: Umsetzung der kreisfreien Stadt Schwabach sowie 4 Stadtbezirke der kreisfreien Stadt Nürnberg zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229 und Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung.					
232 Roth Kreisfreie Stadt Schwabach, Landkreise Roth, Weißenburg-Gunzenhausen (Einw.: 219 546 −1,0%)	227 231	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen (Einw.: 81 376) Kreisfreie Stadt Schwabach (Einw.: 33 466)	228	Landkreis Nürnberger Land (Einw.: 142 305)	**232 Roth** Landkreise Nürnberger Land, Roth (Einw.: 247 009 +11,4%)
Bemerkungen: Umsetzung der Landkreise Weißenburg-Gunzenhausen, Nürnberger Land und der kreisfreien Stadt Schwabach zur Beseitigung der Überschreitung der Toleranzgrenze (33⅓% und mehr) vom Bundesdurchschnitt bei den Wahlkreisen 228 und 229.					
236 Schweinfurt Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt (Einw.: 226 608 +2,2%)			229	Das am 1. Januar 1984 aus der Gemeinde Sugenheim (Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim) in die Gemeinde Iphofen (Landkreis Kitzingen) umgegliederte Gebiet (Einw.: 3)	**236 Schweinfurt** Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt (Einw.: 226 611 +2,2%)
Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung					

noch Anlage 10

Beschreibung der **gegenwärtigen Wahlkreise** Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt	Veränderungen durch Umsetzungen – Abgang: an Wkr.	Abgang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Zugang: von Wkr.	Zugang: Bezeichnung der Gebietseinheit Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Beschreibung der **vorgeschlagenen Wahlkreise** Einw.: Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987 %: = Abweichung vom Bundesdurchschnitt
240 Donau-Ries Landkreise Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries (Einw.: 188 729 –14,9%)	227	Das am 1. Januar 1985 aus der Gemeinde Wolferstadt (Landkreis Donau-Ries) in die Gemeinde Treuchtlingen (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen) umgegliederte Gebiet (Einw.: 11)			**240 Donau-Ries** Landkreise Dillingen a.d. Donau, Donau-Ries (Einw.: 188 718 –14.9%)

Bemerkungen: Beseitigung einer Gemeindedurchschneidung durch Wahlkreisgrenzen aufgrund kommunaler Grenzänderung

Anlage 11

Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis 92

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CDU	SPD
									Wahlkreis 92
25. Januar 1987	E	Anzahl	239 941	199 541	171 873	1844	170 029	65 620	85 984
		%	×	×	*86,1*	*1,1*		*38,6*	*50,6*
1. April 1988	E	Anzahl	257 033	212 574	183 358	1945	181 413	73 474	88 512
		%	×	×	*86,3*	*1,1*		*40,5*	*48,8*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	239 941	199 541	171 873	1179	170 694	63 440	85 248
		%	×	×	*86,1*	*0,7*		*37,2*	*49,9*
1. April 1988	Z	Anzahl	257 033	212 574	183 358	1253	182 105	70 915	87 662
		%	×	×	*86,3*	*0,7*		*38,9*	*48,1*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

Anlage 11

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			Zentrum	Mündige Bürger	Frauen	MLPD		NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Recklinghausen II – Borken I											
4911	12 763	751	–	–	–	–	–	–	–	190	561
2,9	*7,5*	*0,4*	–	–	–	–	–	–	–	*0,1*	*0,3*
5204	13 394	829	–	–	–	–	–	23	–	190	616
2,9	*7,4*	*0,5*	–	–	–	–	–	*0,0*	–	*0,1*	*0,3*
9616	11 096	1294	163	86	216	43	–	499	204	83	–
5,6	*6,5*	*0,8*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,0*	–	*0,3*	*0,1*	*0,0*	–
10 383	11 764	1381	171	106	238	43	–	519	219	85	–
5,7	*6,5*	*0,8*	*0,1*	*0,1*	*0,1*	*0,0*	–	*0,3*	*0,1*	*0,0*	–

noch Anlage 11
Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis 96

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CDU	SPD
									Wahlkreis 96
25. Januar 1987	E	Anzahl	295 710	225 629	197 309	2342	194 967	118 502	60 847
		%	×	×	*87,4*	*1,2*		*60,8*	*31,2*
1. April 1988	E	Anzahl	278 618	212 596	185 824	2241	183 583	110 648	58 319
		%	×	×	*87,4*	*1,2*		*60,3*	*31,8*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	295 710	225 629	197 309	1608	195 701	112 700	57 838
		%	×	×	*87,4*	*0,8*		*57,6*	*29,6*
1. April 1988	Z	Anzahl	278 618	212 596	185 824	1534	184 290	105 225	55 424
		%	×	×	*87,4*	*0,8*		*57,1*	*30,1*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

Bayern
Wahlkreis 227

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
									Wahlkreis 227
25. Januar 1987	E	Anzahl	188 040	149 342	122 439	1867	120 572	70 025	33 186
		%	×	×	*82,0*	*1,5*		*58,1*	*27,5*
1. April 1988	E	Anzahl	269 427	216 020	176 517	2727	173 790	102 015	48 753
		%	×	×	*81,7*	*1,5*		*58,7*	*28,1*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	188 040	149 342	122 439	1233	121 206	66 594	32 101
		%	×	×	*82,0*	*1,0*		*54,9*	*26,5*
1. April 1988	Z	Anzahl	269 427	216 020	176 517	1749	174 768	95 519	47 877
		%	×	×	*81,7*	*1,0*		*54,7*	*27,4*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			Zentrum	Mündige Bürger	Frauen	MLPD		NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Borken II											
5187	9281	1150	–	–	–	–	–	443	–	–	707
2,7	4,8	0,6	–	–	–	–	–	0,2	–	–	0,4
4894	8650	1072	–	–	–	–	–	420	–	–	652
2,7	4,7	0,6	–	–	–	–	–	0,2	–	–	0,4
12 933	10 617	1613	316	102	322	18	–	396	418	41	–
6,6	5,4	0,8	0,2	0,1	0,2	0,0	–	0,2	0,2	0,0	–
12 166	9 949	1526	308	82	300	18	–	376	403	39	–
6,6	5,4	0,8	0,2	0,0	0,2	0,0	–	0,2	0,2	0,0	–

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Ansbach											
6209	8795	2357	–	–	–	–	–	1106	–	225	1026
5,1	7,3	2,0	–	–	–	–	–	0,9	–	0,2	0,9
8091	12 289	2642	–	–	–	–	–	1106	–	386	1150
4,7	7,1	1,5	–	–	–	–	–	0,6	–	0,2	0,7
10 939	8748	2824	314	66	125	292	33	1128	743	123	–
9,0	7,2	2,3	0,3	0,1	0,1	0,2	0,0	0,9	0,6	0,1	–
14 895	12 555	3922	441	110	181	426	49	1498	1017	200	–
8,5	7,2	2,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,0	0,9	0,6	0,1	–

noch Anlage 11
Bayern
Wahlkreis 228

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31.3.1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
									Wahlkreis 228
25. Januar 1987	E	Anzahl	296 733	238 484	200 745	1868	198 877	94 421	67 279
		%	×	×	*84,2*	*0,9*		*47,5*	*33,8*
1. April 1988	E	Anzahl	193 740	152 334	128 746	1126	127 620	62 838	39 636
		%	×	×	*84,5*	*0,9*		*49,2*	*31,1*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	296 733	238 484	200 745	1355	199 390	91 589	63 555
		%	×	×	*84,2*	*0,7*		*45,9*	*31,9*
1. April 1988	Z	Anzahl	193 740	152 334	128 746	786	127 960	60 110	37 351
		%	×	×	*84,5*	*0,6*		*47,0*	*29,2*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

Bayern
Wahlkreis 229

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31. 3. 1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
									Wahlkreis 229
25. Januar 1987	E	Anzahl	297 324	244 204	199 673	1966	197 707	101 807	70 346
		%	×	×	*81,8*	*1,0*		*51,5*	*35,6*
1. April 1988	E	Anzahl	258 003	214 735	175 072	1749	173 323	87 444	63 236
		%	×	×	*81,5*	*1,0*		*50,5*	*36,5*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	297 324	244 204	199 673	1489	198 184	96 077	64 422
		%	×	×	*81,8*	*0,7*		*48,5*	*32,5*
1. April 1988	Z	Anzahl	258 003	214 735	175 072	1341	173 731	82 610	57 578
		%	×	×	*81,5*	*0,8*		*47,6*	*33,1*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Erlangen											
17 249	16 930	2998	–	–	–	–	–	1563	–	310	1125
8,7	*8,5*	*1,5*	–	–	–	–	–	*0,8*	–	*0,2*	*0,7*
11 749	11 515	1826	–	–	–	–	–	888	–	152	786
9,2	*9,0*	*1,4*	–	–	–	–	–	*0,7*	–	*0,1*	*0,6*
21 154	19 543	3549	310	83	229	403	67	1460	817	180	–
10,6	*9,8*	*1,8*	*0,2*	*0,0*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*0,7*	*0,4*	*0,1*	–
14 856	13 480	2163	190	45	127	287	44	837	529	104	–
11,6	*10,5*	*1,7*	*0,1*	*0,0*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*0,7*	*0,4*	*0,1*	–

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Fürth											
9143	13 371	3040	–	–	–	–	–	2205	–	–	835
4,6	*6,8*	*1,5*	–	–	–	–	–	*1,1*	–	–	*0,4*
8186	11 791	2666	–	–	–	–	–	1934	–	–	732
4,7	*6,8*	*1,5*	–	–	–	–	–	*1,1*	–	–	*0,4*
17 202	16 216	4267	421	82	238	443	52	2080	804	147	–
8,7	*8,2*	*2,2*	*0,2*	*0,0*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*1,0*	*0,4*	*0,1*	–
15 266	14 495	3782	364	70	216	370	48	1834	747	133	–
8,8	*8,3*	*2,2*	*0,2*	*0,0*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*1,1*	*0,4*	*0,1*	–

Noch Anlage 11
Bayern
Wahlkreis 230

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31.3.1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
									Wahlkreis 230
25. Januar 1987	E	Anzahl	201 402	179 080	144 137	1270	142 867	66 375	54 192
		%	×	×	*80,5*	*0,9*		*46,5*	*37,9*
1. April 1988	E	Anzahl	218 713	194 283	154 846	1391	153 455	70 597	58 812
		%	×	×	*79,7*	*0,9*		*46,0*	*38,3*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	201 402	179 080	144 137	826	143 311	61 181	48 527
		%	×	×	*80,5*	*0,6*		*42,7*	*33,9*
1. April 1988	Z	Anzahl	218 713	194 283	154 846	902	153 944	65 299	52 955
		%	×	×	*79,7*	*0,6*		*42,4*	*34,4*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.
Bemerkungen: In den Ergebnissen nach Stadtbezirken sind die Briefwahlergebnisse anteilmäßig umgerechnet worden (s. Wkr. 231).

Bayern
Wahlkreis 231

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31.3.1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
									Wahlkreis 231
25. Januar 1987	E	Anzahl	206 242	178 419	142 771	1576	141 195	63 772	57 883
		%	×	×	*80,0*	*1,1*		*45,2*	*41,0*
1. April 1988	E	Anzahl	222 403	189 649	153 584	1678	151 906	71 094	60 469
		%	×	×	*81,0*	*1,1*		*46,8*	*39,8*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	206 242	178 419	142 771	1080	141 691	61 320	55 641
		%	×	×	*80,0*	*0,8*		*43,3*	*39,3*
1. April 1988	Z	Anzahl	222 403	189 649	153 584	1137	152 447	67 422	58 200
		%	×	×	*81,0*	*0,7*		*44,2*	*38,2*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

Bemerkungen: Da die Briefwahlergebnisse nicht nach Stadtbezirken vorlagen, sind sie anteilmäßig umgerechnet worden (A2 insgesamt: A2 der umgesetzten Stadtbezirke).

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Nürnberg-Nord											
6738	12 761	2801	–	–	–	–	–	1435	–	237	1129
4,7	8,9	2,0	–	–	–	–	–	1,0	–	0,2	0,8
7121	13 847	3078	–	–	–	–	–	1578	–	257	1243
4,6	9,0	2,0	–	–	–	–	–	1,0	–	0,2	0,8
13 526	17 077	3000	223	73	200	257	76	1344	674	153	–
9,4	11,9	2,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,9	0,5	0,1	–
14 070	18 364	3256	236	78	221	287	87	1477	704	166	–
9,1	11,9	2,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	1,0	0,5	0,1	–

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Nürnberg-Süd											
5561	10 817	3162	–	–	–	–	–	1752	–	283	1127
3,9	7,7	2,2	–	–	–	–	–	1,2	–	0,2	0,8
6007	11 256	3080	–	–	–	–	–	1609	–	321	1150
4,0	7,4	2,0	–	–	–	–	–	1,1	–	0,2	0,8
9420	12 138	3172	250	48	206	330	66	1556	530	186	–
6,6	8,6	2,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,0	1,1	0,4	0,1	–
10 811	12 675	3339	280	52	213	346	61	1576	602	209	–
7,1	8,3	2,2	0,2	0,0	0,1	0,2	0,0	1,0	0,4	0,1	–

noch Anlage 11
Bayern
Wahlkreis 232

Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987 in den Wahlkreisen am Tage der Wahl (= 25. Januar 1987) und dem Abgrenzungsvorschlag (= 1. April 1988)

Wahlkreisabgrenzung am	E[1]) – Z[2])	Einheit	Deutsche Bevölkerung am 31.3.1987	Wahlberechtigte	Wähler[3])	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	CSU	SPD
Wahlkreis 232									
25. Januar 1987	E	Anzahl	219 546	172 475	143 111	1899	141 212	83 534	42 033
		%	×	×	*83,0*	*1,3*		*59,2*	*29,8*
1. April 1988	E	Anzahl	247 009	194 983	164 111	1775	162 336	85 946	54 013
		%	×	×	*84,2*	*1,1*		*52,9*	*33,3*
25. Januar 1987	Z	Anzahl	219 546	172 475	143 111	1202	141 909	76 203	41 223
		%	×	×	*83,0*	*0,8*		*53,7*	*29,0*
1. April 1988	Z	Anzahl	247 009	194 983	164 111	1270	162 841	82 004	51 508
		%	×	×	*84,2*	*0,8*		*50,4*	*31,6*

[1]) E = Erststimmen. [2]) Z = Zweitstimmen. [3]) % = Wahlbeteiligung.

FDP	GRÜNE	Sonstige	davon								
			BP	C.B.V.	Mündige Bürger	Frauen	MLPD	NPD	ÖPD	Patrioten	Einzel-bewerber
Roth											
5672	9144	829	–	–	–	–	–	–	–	374	455
4,0	*6,5*	*0,6*	–	–	–	–	–	–	–	*0,3*	*0,3*
9418	11 120	1839	–	–	–	–	–	946	–	313	580
5,8	*6,8*	*1,1*	–	–	–	–	–	*0,6*	–	*0,2*	*0,4*
11 082	10 618	2783	337	84	170	316	34	1048	610	184	–
7,8	*7,5*	*2,0*	*0,2*	*0,1*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*0,7*	*0,4*	*0,1*	–
13 425	12 771	3133	344	81	210	325	39	1394	579	161	–
8,2	*7,8*	*1,9*	*0,2*	*0,0*	*0,1*	*0,2*	*0,0*	*0,9*	*0,4*	*0,1*	–

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333